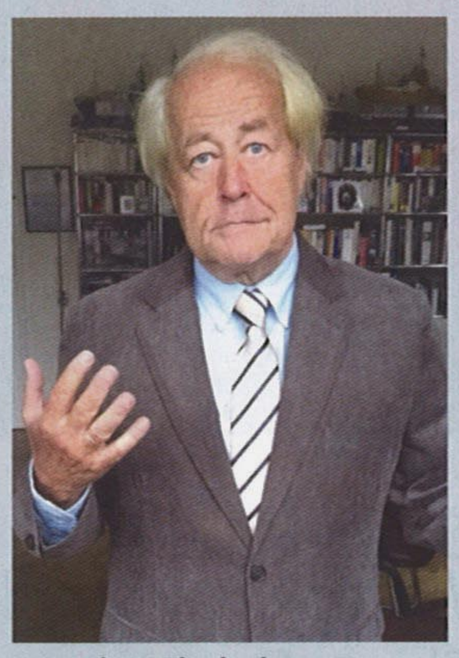
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

„Erst das Land..."

Am 12. Januar 2018 sind in Berlin die Sondierungsgespräche zur Bildung einer erneuten großen Koalition „erfolgreich" abgeschlossen worden. Ob es wirklich zu einer dauerhaft handlungsfähigen Regierung kommt, steht derzeit in den Sternen. Angesichts der offenkundigen programmatischen Diskrepanzen und der ausgeprägten Profilierungsnöte bei Parteien und Akteuren drängt sich der Eindruck auf, dass als Minimalkonsens erreichbare Koalitionskompromisse eigentlich nur faul und äußerst teuer für die Steuerzahler ausfallen können. Die rundum ergebnisoffene SPD sprach von einem (theoretischen) Start der GroKo im April, also über sechs Monate nach der Bundestagswahl. Dieser in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartige Offenbarungseid setzt neue Negativ-Maßstäbe bei der politischen Handlungsfähigkeit und Kultur. Der gerne zitierte Leitsatz „Erst das Land und dann die Parteien" mutiert bei einigen Matadoren zu „Erst die Karriere, dann die Partei und zum Schluss das Land." Der jetzige SPD-Parteivorsitzende und sein Vorgänger sind offenbar dabei, die alte Steigerung „Gegner, Feind, Parteifreund" mit neuem Leben zu erfüllen. Und ein ehemaliger Bundestagspräsident, der sich gegen Merkels Willen als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgesetzt hat, revanchiert sich im „vertraulichen" Hintergrundgespräch mit Journalisten durch die Prognose, dass es 2018 Neuwahlen ohne die angekündigte Kandidatur der bisherigen Amtsinhaberin geben werde. Unfassbar: Das Extrem-Risiko der mittlerweile auf 907 Mrd. Euro aufgelaufenen Target 2-Forderungen der Bundesbank gegenüber den Euro-Schuldenländer war offenbar kein Thema der Sondierungsgespräche.

Good News

Das ifo-Institut hat seine Wachstumsprognose 2018 für Deutschland auf ambitionierte 2,6 % angehoben.

„Das wird teuer!"

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion hat hinsichtlich der Entstehung einer neuen GroKo auf dem ihr eigenen intellektuellen Niveau triumphiert: „Das wird ganz schön teuer. Bätschi." Die Delegierten des SPD-Parteitags haben diese erstaunliche Aussage mit langem Beifall quittiert. Zumindest wissen die Wähler und Steuerzahler nun, was im Fall einer erneuten großen Koalition auf sie zukommt. Auf der SPD-Forderungsliste stehen Bürgerversicherung, Solidarrente und ein stabiles Rentenniveau. Die CSU steuert als zusätzlichen Milliarden-Wunsch die „Mütterrente II" bei. Allein die Bürgerversicherung würde nach Berechnung des Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen die Belastung um 610 Mrd. Euro erhöhen, was gut einem Fünftel des BIP entspricht. Die Solidarrente würde die Nachhaltigkeitslücke um 70 Mrd. Euro vergrößern. Und die Mehrausgaben für eine (so harmlos klingende) Stabilisierung des Rentenniveaus schätzt der Finanzwissenschaftler auf gut eineinhalb Billionen Euro. Dieses größte jemals von einer Koalition beschlossene Ausgabenpaket würde vor allem die junge Generation belasten, die die neuen Zusatzleistungen mit höheren Steuern und Beiträgen zu finanzieren hätte.

Perfekte Selbstbedienung

Die Europäische Union lässt kaum eine Gelegenheit aus, um ihr Ansehen in der Bevölkerung weiter zu schädigen. So wurden die Gehälter und Pensionen für die knapp 38.000 EU-Mitarbeiter kurz vor Weihnachten ganz beiläufig in der hier üblichen Einigkeit erhöht. Das perfektionierte Selbstbedienungssystem funktioniert effektiv und geräuschlos. Die niedrigste Besoldungsgruppe für Beamte liegt jetzt bei 2.872 Euro p.m. plus steuerfreie Zulagen. Schlicht skandalös ist die Tatsache, dass bereits über 800 Bedienstete der EU-Kommission höhere Zuwendungen erhalten als die deutsche Bundeskanzlerin (18.388 Euro ohne Diäten). Der EU-Kommissionspräsident darf sich jetzt über monatlich 32.200 Euro freuen. In Summe kosten die Gehaltserhöhungen die EU-Steuerzahler jährlich rund 100 Mio. Euro. Aparterweise privilegiert die EU, die ansonsten den Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedsländern zu bekämpfen vorgibt, ihre Beschäftigten nicht nur bei der Salärhöhe, sondern auch bei den Steuersätzen. So zahlt ein EU-Generaldirektor als Single etwa 25 % Steuern. In Deutschland müsste er 39 % an den Fiskus abführen.

Fluch der falschen Tat

Im Jahr 2017 haben sich hierzulande – laut Creditreform – etwa 20.200 Firmen in die Insolvenz verabschiedet. Damit ist die Zahl der Pleiten auf den niedrigsten Stand seit 1994 zurückgegangen. Branchenbezogen liegt die höchste Insolvenzquote im Baugewerbe. Dort kamen im vergangenen Jahr auf 10.000 Betriebe 83 Insolvenzen. Im verarbeitenden Gewerbe lag die Ausfallquote „nur" bei 35. Der wirtschaftliche Schaden sämtlicher Firmenpleiten lag bei 26,6 Mrd. Euro. Etwa 198.000 Arbeitnehmer waren davon betroffen. Am Horizont zeigt sich jetzt ein ganz neues Gefährdungsszenario: Die von der EZB seit über acht Jahren verfolgte Niedrigzinspolitik hat die raue Wettbewerbs-Realität der Marktwirtschaft teilweise außer Kraft gesetzt. Das gilt insbesondere für die Schuldentragfähigkeit, die sich aus der Relation von operativem Gewinn zur Zinslast ergibt. Diese Kennzahl werde sich laut Creditreform bei einer nicht mehr allzu lange hinausschiebbaren Zinserhöhung deutlich verschlechtern.

Konkret: Bei einer Anhebung des Zinsniveaus von derzeit durchschnittlich 3 % für langfristige Kredite auf 4,5 % wären fast 17 % der Unternehmen nicht mehr imstande, ihre Zinsen aus laufenden Einnahmen zu zahlen.